

## Von Japan lernen?

### Tokios Umgang mit außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen

*Darf man Äpfel mit Birnen vergleichen? Darf man die Außen- und Sicherheitspolitik eines Nationalstaats mit der einer Staatengemeinschaft vergleichen? Auf den ersten Blick sind das rhetorische Fragen. Doch ein Vergleich der Reaktionen von Japan und der Europäischen Union auf die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der Gegenwart kann aufzeigen, welche Handlungsräume und -optionen die Mittelmächte des Westens heute haben, ob in Afrika, im Nahen Osten, bei der Raketenabwehr oder im Verhältnis zum Bündnispartner USA. Da es den größeren Nationalstaaten der EU wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien oder Polen im Fall aktueller Krisen weiterhin schwer fällt, ihre nationalen Interessen zu koordinieren und ihre viel beschworene gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in die Tat umzusetzen, und sie stattdessen immer wieder in unilaterales Handeln mittlerer Mächte zurückfallen, erscheint ein Vergleich japanischer und europäischer Vorgehensweisen – losgelöst von allen formalen Kriterien – reizvoll. Dabei erhebt dieser Essay aber keinesfalls einen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr soll schlaglichtartig der Blick auf einzelne Handlungsfelder geworfen werden, um daraus Rückschlüsse auf konzeptionelle Elemente von Japans Außen- und Sicherheitspolitik zu ziehen, die als Vorbild für Europa dienen könnten.*

China macht was es will – in Tibet, im volksrepublikanischen Olympia und nicht zuletzt in Afrika. Dort ist Peking mittlerweile der drittgrößte Investor. Der Abstand zur Europäischen Union und den Vereinigten Staaten schrumpft von Jahr zu Jahr. Das chinesische Handelsvolumen mit Afrika betrug 2007 beinahe sieben Milliarden Dollar, vor nicht einmal zehn Jahren waren es noch elf Milliarden. Pekings Erfolgsrezept: Verschlechtern sich die Beziehungen der Europäer oder der Amerikaner zu einem afrikanischen Regime, steht China als neuer Partner bereit. Mit dem gestiegenen Bedarf an Energie und Rohstoffen in der Volksrepublik sind ihre Emissäre gern gesehene Gäste in Afrika. China ist führend in der Erdöl- und Ergasproduktion von Angola über Äquatorialguinea und Nigeria bis in die Republik Kongo und den Sudan. Peking importiert bereits dreißig Prozent seines Erdölbedarfs aus Afrika. Arabische Ölstaaten wie Saudi-Arabien folgen erst auf dem zweiten Platz.

Das hat nicht nur geopolitische Auswirkungen. China entscheidet auf dem afrikanischen Kontinent auch zunehmend über Krieg oder Frieden. Im Sudan beteiligt sich die Volksrepublik zwar an der Friedenstruppe der Vereinten Nationen. Doch gleichzeitig boykottiert sie Resolutionen des Sicherheitsrates, die den Bürgerkrieg im Süden des Landes und die ethnischen Säuberungen in Darfur stoppen wollen. Peking beliefert das Regime in Khartum nicht

nur großzügig mit Waffen und Rüstungsfabriken, sondern hat zugleich die wirtschaftlichen Bande stark ausgebaut. Fünfzehn Milliarden Dollar aus China sind innerhalb von zehn Jahren in die Infrastruktur der sudanesischen Ölindustrie geflossen. Chinesische Soldaten bewachen Förderanlagen und eine 1650 Kilometer lange Pipeline bis Port Sudan am Roten Meer. Zimbabwes Diktator Robert Mugabe steht ebenfalls unter dem Schutz Chinas. Auch seine Streitkräfte werden von Peking entsprechend munitioniert.

Afrikas Despoten sind begeistert von der aufsteigenden Supermacht aus Asien. Anders als bei Staatsbesuchen aus Amerika oder Europa werden sie von Delegationen aus China nicht über Demokratie, Pressefreiheit und Menschenrechte belehrt. Sie fühlen sich als Partner auf Augenhöhe behandelt. Das „chinesische Modell“ eines autoritären Regimes mit marktwirtschaftlicher Ökonomie gilt als Basis dieser neuen strategischen Allianzen. Sie sollen die engen Beziehungen zwischen China und Afrika wiederbeleben, die bereits in der Mitte des 20. Jahrhunderts im Zeichen der Befreiung der „Dritten Welt“ von Kolonialismus und Imperialismus bestanden. Und Peking hat viel zu bieten: Finanz- und Wirtschaftshilfe, Investitionen chinesischer Unternehmen, Berufsausbildung, medizinische Hilfe durch chinesische Ärzte sind Teil der umfangreichen Angebotspakete. „Brüderliche Solidarität“ soll den Kontrast bilden zur wirtschaftspolitischen „Schocktherapie“, nach der im Westen oftmals gerufen wird. Stattdessen werden Schulden erlassen, Kredite zu günstigen Konditionen bereitgestellt und der Import aus Afrika wird um das Zehnfache gesteigert.

Der Erfolg der chinesischen Politik kann sich im wahrsten Sinne des Wortes sehen lassen: Nigeria hat ein Eisenbahnnetz erhalten. Am Horn von Afrika wurde ein Stromnetz errichtet. Im Kongo wurden Bergwerke eröffnet, in Kamerun das Trinkwassernetz erneuert, Sportstadien, Krankenhäuser und Straßen gebaut. 900 Unternehmen aus China haben sich über den afrikanischen Kontinent verteilt. Seit Anbruch des „chinesischen Zeitalters“ liegt das Wirtschaftswachstum jährlich bei fünf bis sechs Prozent. Pekings Botschaft: Was milliarden-schwere Entwicklungshilfe aus dem Westen über Jahrzehnte nicht geschafft hat, gelingt der Volksrepublik in kürzester Zeit. Und nicht nur das: China präsentiert sich auch als Partner in Krisenzeiten. Während sich westliche Hilfsorganisationen zurückzogen, als 1998 ein offener Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea ausbrach, bauten Chinesen für die Äthiopier am Oberlauf des Blauen Nils den Takazee-Staudamm, dessen Turbinen heute die gesamte Region mit Strom versorgen. Addis Abeba, der Sitz der Afrikanischen Union, dient Peking zugleich als Basis für seine Rüstungsexporte.

Gegenüber dieser offensiven Außenpolitik Chinas macht sich in Europa derzeit eine gewisse Hilflosigkeit breit. Die Sorge ist groß, dass die Volksrepublik den europäischen Einfluss in Afrika auf Dauer marginalisiert. Denn dieser ist in den letzten Jahren ohnehin bedrohlich geschrumpft. Das kann auch die Gründung der ambitionierten Mittelmeerunion nicht verdecken. Weder die Bilanz der Entwicklungszusammenarbeit noch die Ergebnisse der westlichen Militärinterventionen seit dem Ende des Kalten Krieges fallen befriedigend aus.

Nachdem die Europäer Mitte der neunziger Jahre Somalia nach einem gescheiterten UNEinsatz sich selbst überlassen haben, zeigen sich heute ihre Marineverbände noch nicht einmal in der Lage, im Rahmen der Anti-Terror-Operation „Enduring Freedom“ die Gewässer vor der somalischen Küste von Piraten freizuhalten. Immer wieder wurden in den letzten

Jahren Schiffsloadungen mit internationalen Hilfslieferungen für die Not leidende Bevölkerung von Seeräubern gekapert. Von Europas Selbstanspruch einer eigenen humanitären Mission, von der versöhnenden Macht des Marktes und dem Versprechen globaler Menschenrechte ist am Horn von Afrika nichts geblieben. Stattdessen droht hier nun ein langwieriger Guerillakampf in einem Stellvertreterkrieg zwischen Äthiopien und Eritrea, seitdem äthiopische Soldaten aufseiten der schwachen Übergangsregierung in Mogadischu gegen islamistische Rebellen kämpfen, denen Eritrea als Rückzugsraum dient. Somalia erlebt die heftigsten Kämpfe seit 17 Jahren.

Die Afrikanische Union scheint vorerst nicht in der Lage, eine ausreichend gewappnete Friedenstruppe ans Horn von Afrika zu entsenden. Dabei ist es dringlicher denn je, dass die Afrikaner ihre sicherheitspolitischen Geschicke selbst in die Hand nehmen – und das nicht nur in Somalia. Denn vom Westen können sie derzeit lediglich finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung erwarten. Die Amerikaner konzentrieren sich auf die Terroristenjagd, wie ihre gelegentlichen Luftschläge gegen mutmaßliche Al-Qaida-Gruppen im Süden Somalias und die Entsendung eines Flottenverbandes vor die somalische Küste zeigen. Die Europäer erhöhen zwar von Zeit zu Zeit ihre humanitäre Hilfe, halten sich militärisch aber zurück.

Zugleich bedauert die Europäische Union im Fall Darfur, dass die Vereinten Nationen nicht in der Lage sind, notfalls auch gegen den Willen einer Regierung deren Bürger vor gewaltsamen Übergriffen zu schützen. Doch das einzige EU-Land, das willens ist, Soldaten in nennenswerter Zahl für die Militärmissionen zum Schutz der Darfur-Flüchtlinge im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik bereitzustellen, ist Frankreich, der alte Gendarm Afrikas. Die bittere Ironie der Geschichte: Während in Europa die Stimmen nicht müde werden, die den Amerikanern predigen, sie könnten mit noch so vielen Soldaten im Irak keinen Frieden herbeizwingen, solange die politischen Konflikte unter den Irakern nicht gelöst seien, wird diese Frage für den Sudan erst gar nicht gestellt. Dabei sind die bisherigen Erfahrungen in afrikanischen Konflikten ähnlich ernüchternd wie im Irak und in Afghanistan.

So hat zuletzt auch die EU-Mission zur Absicherung freier Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo das Land nicht zu mehr Rechtsstaatlichkeit geführt, geschweige denn den Staatsterror beendet. Im Gegenteil: Ende Januar 2007 wurden rund 130 unbewaffnete Demonstranten in der Westprovinz Bas-Congo erschossen. Ende März 2007 waren bei blutigen Kämpfen im Zentrum von Kinshasa Hunderte Tote zu beklagen. Seit April 2007 eskaliert die Gewalt von Armee und Milizen im Osten des Landes.

Europas scheinbare Machtlosigkeit in Afrika tritt aber nicht nur in Misserfolgen „humanitärer Interventionen“ zutage. Auch die bisherige Bilanz im Anti-Terror-Kampf fällt unbefriedigend aus. Tobt der „Krieg gegen den Terror“ in den Köpfen vieler Europäer weit weg in Afghanistan, in Pakistan, im Nahen und Mittleren Osten, so wird in der öffentlichen Wahrnehmung häufig ein Gürtel von Staaten übersehen, die direkt vor Europas Haustür liegen und in denen sich terroristische Gruppen für einen neuen Dschihad gegen den Westen rüsten. Deutsche Sicherheitsbehörden zeigen sich besorgt über das Erstarken von Al Qaida in Nordafrika und die Ausbildung von Attentätern in afrikanischen Terrorcamps. Parallelen zur Situation im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet tun sich auf – nicht zuletzt historisch.

Denn wie am Hindukusch trägt der Westen auch in Afrika eine Mitschuld an der Radikalisierung islamischer Kräfte. Die Europäische Union stützt nicht zuletzt mit der Mittelmeerunion

autoritäre Regime in Libyen, Tunesien, Marokko und Algerien, die Grundrechte wie die Pressefreiheit beschneiden und die Opposition unterdrücken. Die Folge ist ein immer stärkeres Aufflammen islamistischer Gewalt. Die Assoziierungsabkommen der EU mit den Mittelmeerrainern verpflichten zwar zur Wahrung demokratischer Grundsätze und zur Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte. Im politischen Tagesgeschäft aber dominieren wirtschaftliche Fragen.

Die an Erdöl und Erdgas reichen Staaten Nordafrikas können sich vor westlicher Kritik an eklatanten Menschenrechtsverletzungen weitgehend sicher fühlen. Von maghrebinischen Journalisten, die oft schweren Repressionen ausgesetzt sind und ins Ausland fliehen müssen, sind Klagen gegenüber europäischen Regierungen zu vernehmen, wie sie sonst nur gegenüber amerikanischen Administrationen wie zuletzt im Fall Pakistan laut werden: In einem Sicherheitswahn hätten sich die Europäer mit Potentaten und nicht mit jenen Menschen verbündet, die Bürgerrechte und Freiheit verlangten. Die vor mehr als zehn Jahren begonnene Partnerschaft zwischen der EU und den südlichen Mittelmeerrainern sei gescheitert.

Brüssel, das hier im Gegensatz zu seiner Nachbarschaftspolitik in Ost- und Südosteuropa weniger auf Menschenrechte als auf vordergründige Sicherheit setzt, zeigt sich überfordert: Im Juli 2007 mussten die Patrouillen der EU-Grenzschützer im Mittelmeer aus Geld- und Personalmangel vorläufig ausgesetzt werden. Die Mitgliedsstaaten der Union stellen ihrer gemeinsamen Grenzschutzagentur Frontex nicht genügend Schiffe, Flugzeuge und Hubschrauber zur Verfügung, um Europas Küsten permanent zu sichern. Und das ausgerechnet zu einer Zeit, in der Al Qaida verstärkt zu Anschlägen auf spanische, französische und amerikanische Ziele im Maghreb aufruft.

Die Afrikanische Union sieht in ihren Mitgliedsstaaten ein anhaltend hohes Risiko für terroristische Angriffe. Als besorgniserregend wird vor allem empfunden, dass Terroristen wegen durchlässiger Grenzen leicht von einem Land in das andere eindringen können. Das gilt auch für Europa. Zwar hat Spanien mit dem Terror-Prozess von Madrid eine eindrucksvolle Lehrstunde von Rechtsstaatlichkeit im Kampf gegen eine überwiegend aus Marokko stammende Gruppe von Fanatikern und ihren einheimischen Helfershelfern gegeben. Zwar hören die französischen Behörden seit dem 11. September 2001 genauer hin, was in Frankreichs Moscheen gepredigt wird, und haben bereits Imame – überwiegend aus dem Maghreb – wegen radikaler Predigten ausgewiesen. Zwar investiert die EU Milliarden in neue Sicherheitstechnologien. Aber zugleich verliert das Amt ihres Beauftragten für Terrorismusbekämpfung an Bedeutung.

In Europas Hauptstädten scheint das Gefühl wieder Oberhand gewonnen zu haben, dass der Anti-Terror-Kampf eine nationale Angelegenheit ist, bei der kein starker Koordinator in Brüssel vonnöten ist. Doch eine EU, die sich weder politisch noch institutionell in der Lage sieht, eine gemeinsame Außen- und vor allem Sicherheitspolitik gegenüber der zunehmenden Terrorgefahr aus dem Maghreb aufzubauen, erscheint als ein schwacher Gegner für Afrikas Al Qaida, die sich auf ihre Fahnen geschrieben hat, den „Ungläubigen in den USA und Frankreich wie ein Knochen im Hals stecken zu bleiben“.

Auf der Suche nach neuen Strategien gegenüber ihren südlichen Nachbarn sollten die Europäer ihren Blick nach Asien richten. Denn während Europa gegenüber dem islamistischen Terrorismus auf dem afrikanischen Kontinent noch in der Defensive steckt, führt Japan

bereits vor, wie Demokratien auch heute eine Afrika-Politik gestalten können, die erfolgreich den wechselseitigen Interessen dient. Als Altruist muss der Westen dabei keineswegs auftreten. Wie China verfolgt auch Tokio in erster Linie wirtschaftliche und geopolitische Interessen in den afrikanischen Staaten. Denn diese gewinnen für Japans Versorgung mit Rohstoffen, die für die Industrie strategische Bedeutung haben, mehr und mehr an Bedeutung. Japanische Unternehmen interessieren sich für Kobalt aus Sambia und dem Kongo, für Mangan aus Ghana und Gabun, für Uran und Cäsium aus Namibia, für Platin, Titanium und Vanadium aus Südafrika und nicht zuletzt für Erdöl aus Angola und Nigeria. Aluminium, Chrom und Kupfer stehen ebenfalls auf den japanischen Einkaufslisten.

Während schon von einem neuen Kalten Krieg in Afrika gesprochen wird, dieses Mal zwischen China und dem Westen, demonstriert Japan bereits, wie damit umzugehen ist: Als Antwort auf Pekings großes Gipfeltreffen mit beinahe allen afrikanischen Staaten 2006 hat Tokio im Mai 2008 zusammen mit der Weltbank und den Vereinten Nationen zum vierten Mal zu einer Konferenz eingeladen, zu der Regierungschefs und Präsidenten aus 52 Ländern Afrikas angereist kamen. Das erste Treffen dieser Art fand bereits 1998 statt.

Japan konzentriert seine in den letzten Jahren aufgrund knapper Haushalte reduzierte Entwicklungshilfe auf wichtige geo- und handelspolitische Interessen in Afrika. Die Folge: Das japanisch-afrikanische Handelsvolumen ist 2007 um gut 16 % gewachsen. In den nächsten fünf Jahren soll es verdoppelt werden, ebenso die Entwicklungshilfe. Für den Ausbau von Afrikas Infrastruktur vor allem im Transportwesen – ein Feld, auf dem sich China großen Einfluss gesichert hat – sollen Kredite zu Sonderkonditionen bereitgestellt werden. Ein milliardenschwerer Fonds soll der japanischen Privatwirtschaft helfen, in Afrika Fuß zu fassen oder die Präsenz auszubauen, um die privaten Direktinvestitionen bis 2012 zu verdoppeln. Im afrikanischen Gesundheitswesen will Japan Hunderttausend Helfer ausbilden. Angesichts stark steigender Lebensmittelpreise möchte Tokio den Afrikanern helfen, ihren Reisanbau zu steigern. Zugleich sollen Strategie und Projekte der staatlichen Entwicklungshilfe mit den Interessen japanischer Unternehmen verzahnt werden. So wird beispielsweise an den Bau eines Hafens in Madagaskar aus Mitteln des Entwicklungsetats gedacht, um wertvolle Metalle für Japans Wirtschaft leichter exportieren zu können.

Damit demonstriert Japan zugleich den USA, die derzeit in Stuttgart ihr neues Africa Command als sechstes Regionalkommando der amerikanischen Streitkräfte einrichten, wie China auch ohne militärisches Engagement in Afrika zu begegnen ist. Die Gefahr einer imperialen Überdehnung durch permanente Truppeneinsätze, vor der Amerika wie Europa stehen, wird so von Anfang an gebannt. In den Bereichen Gesundheitsversorgung und Erziehung wollen Tokio und Peking in Afrika sogar zusammenarbeiten, um die Verwendung der eingesetzten Mittel für alle Seiten zu optimieren.

Dieses strategisch wie taktisch kluge Vorgehen hat seinen Ursprung nicht zufällig in Japan. Tokio hat den Europäern in den letzten Jahren immer wieder vor Augen geführt, wie Mittelmächte des Westens ihre außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen im 21. Jahrhundert meistern können. Und diese sind für Japaner wie für Europäer ähnlicher Natur. Denn während beispielsweise der Iran noch an seiner Atombombe baut, besitzt Nordkorea sie schon. Und während Teheran Langstreckenraketen großer Reichweite noch plant, hat Pjöngjang sie bereits getestet – 1998 über dem Himmel von Japan. Zwei Konflikttherde, zwei

Eskalationsstufen, zwei Reaktionen: Europa fühlt sich noch nicht bedroht, Japan rüstet bereits nach. Tokio will sein Schicksal nicht dem Zufall überlassen. Anstatt wie die Europäer ihre antiamerikanischen Ressentiments zu pflegen, üben die Japaner den engen Schulterchluss mit den Amerikanern. Gemeinsam entwickeln Tokio und Washington eine Raketenabwehr. Emotionsgeladene Debatten über ein neues Wettrüsten, wie sie sich die Europäer noch leisten zu können glauben, finden hier nicht statt.

Japan, seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges dem Bellizismus ebenso wenig verdächtig wie Deutschland oder Italien, reagiert besonnen und bestimmt zugleich auf die neue Bedrohung durch atomare Raketen. Das japanische Verteidigungsressort, Ende 2006 vom Amt zum Ministerium aufgewertet, hat als Antwort auf die nordkoreanischen Raketen- und Atomwaffentests im Juli und Oktober 2006 die Stationierung eines eigenen Abwehrsystems beschleunigt. Auf der Luftwaffenbasis Iruma in Saitama, einer Stadt nördlich von Tokio, werden die ersten Abfangraketen stationiert. Bis März 2011 sollen auf insgesamt elf Basen im Osten und Westen des Landes rund 30 Boden-Luft-Abwehrsysteme installiert sein. Bereits Ende Februar 2007 hat Japan sein Überwachungsnetz über Nordkorea mit zwei Spionagesatelliten vervollständigt. Die mobilen Abschussbatterien des japanischen Abwehrsystems sind in der Lage, bis zu 16 Raketen abzufeuern, um feindliche Flugkörper zu zerstören, bevor sie ihr Ziel erreichen. Als ein Japan vorgelagerter Schutzwall fungieren darüber hinaus vier Zerstörer, die bis 2010 mit Abfangraketen ausgerüstet werden sollen.

Ist in Europa bislang nicht erkennbar, wie sich die Europäische Union gegenüber einem atomar bewaffneten Iran militärisch absichern will, so ist in Japan durch die nordkoreanische Bedrohung ein politisches Klima entstanden, das defensives Handeln erlaubt. Selbst der Aufbau einer eigenen Nuklearstreitmacht – vor wenigen Jahren noch vollkommen undenkbar – ist in der politischen Diskussion kein Tabu mehr. Auch in Sanktionsfragen agiert Tokio deutlich selbstbewusster als Brüssel. Während die Europäer in der britisch-iranischen Geiselskrise 2007 weder mit dem Einfrieren von Exportgarantien noch mit einem weitergehenden Embargo drohten, haben die Japaner ihre nach dem nordkoreanischen Atomwaffenversuch verhängten Wirtschaftssanktionen verlängert. Und während Tschechien erst nach langen Verhandlungen und Polen erst unter dem Eindruck des russischen Einmarsches in Georgien einer Stationierung amerikanischer Radaranlagen und Abwehrraketen zugestimmt haben, hat Washington auf der japanischen Insel Honshu bereits ein hochauflösendes Radar installieren dürfen, um die Flugbahnen ballistischer Raketen verfolgen zu können.

Damit demonstriert Tokio einmal mehr strategische Flexibilität. Denn schon im Fall Irak ist Japan den Vereinigten Staaten weit entgegengekommen. Rund 600 Soldaten haben zwischen 2004 und 2006 den Wiederaufbau und die Sicherung des Zweistromlandes logistisch unterstützt sowie humanitäre Aufgaben übernommen. Hinzu kamen 1,5 Milliarden Dollar Hilfgelder und Kredite in Höhe von weiteren 3,5 Milliarden Dollar. Das Irak-Engagement war Japans größter und gefährlichster Militäreinsatz seit 1945. Erstmals schickte Tokio wieder Truppen in eine Region, in der bis heute de facto Krieg herrscht, und das ohne ein Mandat der Vereinten Nationen. Nach Ansicht des damaligen Ministerpräsidenten Koizumi verlangte die Sicherheit Japans angesichts der nordkoreanischen Bedrohung absolute Bündnistreue gegenüber den Vereinigten Staaten. Seither sind humanitäre Auslandseinsätze als eine der Hauptaufgaben der Armee definiert.



Tokios militärischer Beitrag für Washingtons Afghanistan-Feldzug war dagegen noch überwiegend von symbolischer Bedeutung gewesen. Indem japanische Zerstörer im Indischen Ozean kreuzten, als amerikanische und britische Einheiten nach Kabul marschierten, zeigte Japan das Minimum an Engagement, um gegenüber den USA demonstrieren zu können, den „Krieg gegen den Terror“ nicht nur politisch, sondern auch militärisch zu unterstützen. Tokio hatte keine Bedenken, Washington seine im Lande befindlichen Militärbasen für die Operationen am Hindukusch nutzen zu lassen und logistische Hilfe mit Versorgungsschiffen zu leisten. Gleichwohl gelang es Japan, die Balance zwischen den Interessen der Vereinigten Staaten und seinen eigenen in der islamischen Welt zu wahren. Die Beziehungen zum Iran wurden gefestigt, die Bande mit Pakistan intensiviert. Mit Saudi-Arabien ist Japan ohnehin seit 1973 eng verbunden, als ein Abkommen geschlossen wurde, in dem Tokio die Autonomie Palästinas anerkannte und sich dafür vom arabischen Ölembargo befreit sah.

Auch heute demonstriert Tokio seine Interessen in Nahost und in Zentralasien. Die Signale an die internationale Staatengemeinschaft sind deutlich: Japan möchte nicht nur im „Great Game“ um die strategischen Rohstoffe dieser Welt mitspielen, sondern ist zugleich in der Lage, eine eigenständige Rolle für sich zu beanspruchen. Für Tokio, dessen Außenpolitik auch im Fall Irak vor allem von wirtschaftlichen Faktoren diktiert wird, ist Stabilität im Nahen und Mittleren Osten zu wichtig, als dass es die Kontrolle in der Region allein Washington überlassen kann. Denn Japan ist vom Öl der Golfstaaten – nicht zuletzt vom Iran – abhängiger als die USA, die immer noch über eigene Reserven verfügen.

Doch nicht nur diplomatisch, auch militärisch ist Japan heute besser gerüstet als je zuvor seit 1945. In der pazifistischen Nachkriegsverfassung verpflichtet sich Tokio zwar, „auf ewig dem Krieg als souveränem Recht der Nation zu entsagen“. Aber eine Verfassungsreform soll den japanischen Streitkräften erlauben, sich künftig an Militärschlägen zu beteiligen – eine 3200 Mann starke schnelle Eingreiftruppe zur Abwehr von Terrorangriffen und anderen Krisensituationen im In- und Ausland ist im Aufbau begriffen. Von der Realität sind die alten Grundsätze ohnehin längst überholt: Für seine zahlenmäßig relativ kleine Armee von 240.000 Soldaten leistet sich Japan nach den USA, Großbritannien, Frankreich und China das mit 44 Milliarden Dollar weltweit fünfthöchste Militärbudget. Seine Marine gilt als die modernste in Asien. Daher ist die technologische Lücke zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten hier am kleinsten, die Zusammenarbeit bei Manövern am engsten.

Anders als Europa hegt Tokio jedoch bislang wirtschaftliche und außenpolitische Bedenken, militärische Beziehungen zu den USA mit gleichen Rechten und Pflichten auf beiden Seiten zu unterhalten, vor allem, wenn hierdurch der Anschein erweckt würde, dass sich ein entsprechendes Bündnis gegen China oder Iran richten könnte. Ist wie im Fall des Raketenabwehrprogramms ein militärischer Beitrag für Japan unvermeidbar, so bemüht sich Tokio, Peking zu überzeugen, dass ihre starken bilateralen Bande dadurch nicht beeinträchtigt werden. Auch mit Teheran sucht Tokio noch engere wirtschaftliche und politische Beziehungen. Japanische Unternehmen investieren hier Milliarden Dollar. Am Persischen Golf entwickeln sich hieraus strategische Vorteile.

Japans außenpolitische Erfolge demonstrieren den Nutzen einer umfassenden Sicherheitspolitik. Tokios zweifache Strategie beruht auf der Balance zwischen seinen Pflichten aus dem Militärbündnis mit den USA und seinen Wirtschaftsinteressen in Ostasien und im

Nahen und Mittleren Osten. Japan ist auf dem besten Weg, sich vom abhängigen Verbündeten zu einem selbstständig agierenden Partner der USA zu emanzipieren. Tokio hat in den letzten Jahren eindrucksvoll demonstriert, wie die amerikanische Supermacht dazu gebracht werden kann, den Hang eines engen Alliierten zu bilateralen und multilateralen Bemühungen zu akzeptieren, um die internationale Sicherheit zu bewahren. Denn Einfluss im Weißen Haus erlangt nur, wer zur effektiven Kooperation sowohl auf dem wirtschaftlichen wie auf dem militärischen Sektor in der Lage ist. Nur so kann auch Europa zu einem „Partner in Leadership“ werden, wie es George W. Bush senior bereits vor zwei Jahrzehnten Deutschland angeboten hatte.

Im Umgang mit ihren internationalen Herausforderungen sollten sich die Europäer von den pragmatischen Ansätzen Japans inspirieren lassen. In Tokio kann Brüssel derzeit viel darüber lernen, wie erfolgreiche Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert zu gestalten ist. Noch befindet sich Europa dafür in einer komfortablen Lage. Denn noch baut der Iran lediglich an seiner Atombombe, noch plant Teheran lediglich Langstreckenraketen großer Reichweite. Und noch dominiert China lediglich Teile Afrikas, noch wird dort lediglich von einem neuen Kalten Krieg gesprochen – und nicht von einem heißen wie im Kaukasus. Frankreich, von Ruanda der Mitschuld am Genozid 1994 bezichtigt und auf der Suche nach einer neuen Rolle in Afrika, hat bereits reagiert: Paris will seine Entwicklungshilfe im afrikanischen Privatsektor erhöhen und so mit Peking konkurrieren. Der jährliche Etat soll um eine Milliarde Euro auf 7,5 Milliarden steigen. Bemühungen um Demokratie und Menschenrechte werden in den neuen Richtlinien nicht eigens erwähnt. Der alte Gendarm Afrikas will eben ein solcher nicht mehr sein. Schließlich leben bereits 900.000 Chinesen in Afrika, aber nur 300.000 Franzosen. Da hat Paris viel aufzuholen. Das französische Ministerium für Entwicklung klagt, es könne nicht ständig nur reden, während andere die Geschäfte machten. China ist da schon weiter – Japan auch.

Europa, das in der Georgien-Krise erneut eine stringente gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vermissen lässt und bei internationalen Konflikten immer wieder in einzelne Mittelmächte mit nationalen Alleingängen auseinanderfällt, sollte sich eben eine solche mittlere Macht in Asien zum Vorbild nehmen. Schließlich sieht sich Japan mit einer ähnlichen Vielfalt an regionalen und internationalen Auseinandersetzungen konfrontiert wie die Mittelmächte der Europäischen Union. Doch während die Europäer, ob auf dem Balkan, am Hindukusch, im Nahen Osten oder in Afrika, nach immer neuen Rollen für sich selbst suchen, haben die Japaner die Balance zwischen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen längst zu einer ihnen eigenen Kunst entwickelt. Das demonstriert Tokio nun auch auf dem afrikanischen Kontinent. Anstatt sich wie Amerika und Europa in innenpolitisch umstrittenen Militärinterventionen aufzureiben, an deren Effizienz nicht nur die Mehrheit der japanischen Bevölkerung, sondern auch Japans führende Politiker zweifeln, begegnet Tokio der chinesischen Herausforderung in Afrika mit Pekings eigenen Mitteln: Erhöhung von Entwicklungshilfe, die sich auf zentrale geo- und handelspolitische Interessen konzentriert; Steigerung des Handelsvolumens; Kredite zu Sonderkonditionen zum Ausbau der Infrastruktur und des Transportwesens; Verzahnung von Strategie und Projekten der staatlichen Entwicklungshilfe mit den Interessen der Unternehmen.



Während Amerika und Europa mit Blick auf den Kaukasus erneut darüber streiten, wem die Rollen von Mars und Venus zufallen, hat Japan eine umfassende Sicherheitspolitik entwickelt. Gemäß der vom amerikanischen Politologen Joseph S. Nye propagierten „Soft Power“, der Kunst, andere durch kulturelle Anziehungskraft und ökonomische Anreize wollen zu lassen, was man selbst will, glauben die Japaner, dass Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in gleicher Weise zur Sicherheit ihres Landes beitragen wie das Militär. Wie die Europäer haben zwar auch die Japaner in den letzten Jahren erkannt, dass die militärische Komponente ein wichtiger Pfeiler innerhalb eines umfassenden Sicherheitskonzepts ist, doch glaubt Tokio im Gegensatz zu Brüssel, dass eine enge Allianz mit den Vereinigten Staaten eher im nationalen Interesse liegt als die Aufstellung eigener Streitkräfte für offensive Operationen. Die Sorge ist groß, eine aktive Beteiligung an Kampfhandlungen könnte die Handelspartner Japans in Asien, Nahost und Afrika verschrecken. Schließlich hat Tokio hier viel zu verlieren. Denn im Gegensatz zu Europa steht Japan mit seinem Modell einer umfassenden Sicherheitspolitik regelmäßig politisch wie wirtschaftlich auf der Gewinnerseite internationaler Konfliktfelder. Von Tokio kann Brüssel noch viel lernen.

Korrespondenzanschrift:

Dr. Thomas Speckmann  
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen  
Stadttor 1  
40190 Düsseldorf  
thomas.speckmann@stk.nrw.de

*Der Autor ist Historiker und Politikwissenschaftler. Er arbeitet als Referent in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen und Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Der Beitrag gibt seine persönliche Meinung wieder.*